

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Nr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1.- RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Fröhliche Welt“, „Mund um den Erdball“, „Unterhaltungsbilago“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgelaltene 3 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum m² 15 Pf. Entsprechend der Absatz. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Nach- und Voranmeldung und Belegungsausgeschlossen. Annahmefrist für Inserate und Anzeigen beträgt 15 Tage. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 73

Donnerstag den 19. Juni 1930.

23. Jahrgang.

Das Ausgabenentzugsgesetz.

In der letzten Sitzung des Reichstages kamen, wie das „B. Z.“ wissen will, auch Finanzfragen zur Erörterung, und zwar besonders das Ausgabenentzugsgesetz. Es sei ins Auge gefasst worden, aus dem Gesamtplan dieses Gesetzes das 10a. Sperrrecht vornehmlich abheben zu lassen, das den Ländern und Gemeinden verbietet, ihre Beamten höher zu besolden als die entsprechende Kategorie der Reichsbeamten.

Sorgen und Wünsche der Städte.

Zaunung des Reichsstädtebundes in Leipzig. Der Reichsstädtebund, dem etwa 1300 Städte mit nahezu zehn Millionen Einwohnern angehören, hat in diesem Jahre aus Sparmaßregeln davon abgesehen, eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Dafür sind Gesamtverband und Hauptstadtsitz zu einer Tagung in Leipzig zusammengekommen.

Ministerialdirektor Dr. von Tschammer-Berlin sprach über das Thema „Der künftige Finanz- und Einnahmehaushalt“. Das Gesamtproblem eines Finanz- und Einnahmehaushalts bedeuere eine richtige Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen den verschiedenen Trägern der öffentlichen Verwaltung. Ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Städten der Gemeinden sei mindestens seit 1929 nicht mehr vorhanden. Für 1929 werde allein der Ausgabenbedarf für die Volkswirtschaftsverbände rund 100 Millionen betragen. Wie hoch er in diesem Jahre steigen werde, sei noch nicht zu übersehen. Eine Regelung dieses Teiles der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit sei unbedingt Voraussetzung jedes Finanz- und Einnahmehaushalts.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Haezel-Berlin, hielt einen Vortrag über „Die Reform der Verwaltungswirtschaft“. Einleitend betonte der Redner die Notwendigkeit einer Angleichung des kommunalen Verwaltungsrechts in allen deutschen Ländern und eine Vereinheitlichung in Preußen, um dem Zustand der kommunalen Selbstverwaltung ein Ende zu machen. Die einheitliche Einführung des Einkommenssteuergesetzes sei empfehlenswert. Der einheitliche Verwaltungswirtschaft der Städteverteilung für die Willensbildung innerhalb der einheitlichen Verantwortlichkeit des Bürgermeisters sei die Voraussetzung. Auch im demokratischen Staat sei die Selbstverwaltung unentbehrlich.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Nachdruck auf die ständige Belastung der Gemeinden durch die Volkswirtschaftsverbände hingewiesen und die unverzügliche Übernahme dieser Lasten auf das Reich als unerlässlich bezeichnet wird, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll. In Erkenntnis der gemeinsamen Finanznot von Reich, Ländern und Gemeinden ist, so heißt es weiter, der Reichsstädtebund zur opferbereiten Mitarbeit an einer planmäßigen Ausgabenkürzung der öffentlichen Körperschaften bereit.

Bedeutliche Auswüchse des politischen Kampfes.

Ein Erlaß des Reichsfinanzministers.

Nachrichten über politische Zusammenhänge laufen fast unausgesetzt aus den verschiedensten Teilen des Reiches ein. An Oberbayer (Bayern) kam es offensichtlich einer nationalsozialistischen Versammlung zu Aufmerksamkeiten zwischen Versammlungsteilnehmern und Kommunisten, die in Stärke von etwa 500 Mann herangefahren waren. Es entspann sich eine Straßenschlacht, in der acht Personen schwer verletzt wurden. Aus aus Karlsruhe und Mannheim werden Aufmärsche gemeldet.

Zur Bekämpfung dieser Auswüchse hat laut „B. Z.“ der Reichsfinanzminister Dr. Brüel an alle deutschen Landesfinanzverwaltungen einen Erlaß gerichtet. Er rent an die Landesfinanzverwaltungen möchten ihrerseits Verordnungen und Staatsanwälte zu scharfem Vorgehen veranlassen, und zwar am besten durch eine Verfügung, die der kürzlich erlassenen Verfügung des preussischen Finanzministers entspricht.

Revolution in Bolivien.

Aus Neuport wird gemeldet: In Bolivien ist eine neue des Diktator Siles gerichtete Revolution ausgedehnt. In verschiedenen Teilen des Landes sollen schwere Kämpfe im Gange sein. Die Stadt Villazon ist von den Aufständischen eingenommen worden. Die Verurteilung auf Seiten der Revolutionäre wie auch bei den Regierungstruppen sind den vorliegenden Berichten zufolge erheblich.

Aus Indien.

Wegen Anarrien gegen die Regierung ist das Oran des Bombayer Kongresses, das „Kongress-Bulletin“, verboten worden. Die beiden Zeitungen des Kongressausführers sind zu je sechs Monaten strenger Gefängnis verurteilt worden. 13 Indier, die wegen Verstoßes gegen die Antikolonialgesetz am Dienstag verhaftet worden waren, erhielten je vier Monate Gefängnis.

Erfolge der Manting-Truppen.

Wiedereroberung Tschangschas.

Die Regierungstruppen haben die in die Hände der kommunistischen „Eisenrücken“ gefallene Stadt Tschangschas (Sichuan) zurückerobert.

Vorschläge Preußens zum Deckungsprogramm.

Beitragsverlängerung für die Arbeitslosenversicherung.

Am 14. Juni wurde dem Reichstag der Reichsregierung vorgelegt, daß die Reichsregierung zur Deckung der Beitragsbeiträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Sie beschloß, der Sonderverlängerung für Arbeitslosenversicherung nicht zuzustimmen, vielmehr bei den Beratungen im Reichstag vorzuschlagen, die Beamten und diejenigen Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 RM. beziehen, an den Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Sie würden alsdann denselben Beitrag, das sind 2 1/2 Prozent, zu zahlen haben, den nach der Erhöhung der Beiträge die Arbeitnehmer zahlen müssen. Die Staatsregierung ließ sich bei ihrer Beschlußfassung von dem Gedanken leiten, daß es bei der außerordentlichen Notlage und Arbeitslosigkeit weiter Gruppen des Volkes nicht unbillig sei, auch den in gesicherter Lage befindlichen Beamten und Angestellten ein Opfer für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuzumuten.

Die Vorschläge der preussischen Staatsregierung ergaben gegenüber den Vorschlägen der Reichsregierung eine Verringerung von 123 Millionen RM. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Beitragsbeitrags vorzuschlagen, durch den eine Verringerung von 50 Mill. RM. erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder stärkere Bekämpfung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verfassung der Verordnungen nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Beitragsbeiträgen. Besonders bedenklich ist die für die Gemeinden, die durch die steigenden Kosten der Volkswirtschaftsverbände immer stärker bedroht werden. Die preussische Staatsregierung beschloß daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Gemeindebeitragssteuer in der Form einer Schenkverpflichtung vorzuschlagen.

Hierzu wird uns von einem unserer Berliner Vertreter gemeldet:

Die Gegenvorschläge der preussischen Regierung zu den Deckungsvorschlägen der Reichsregierung haben zu mancherlei Mutmaßungen Anlaß gegeben. In gewissen politischen Kreisen äußert man den Verdacht, daß die Sozialdemokraten die treibende Kraft bei dem Schritt der preussischen Regierung gewesen sind, die auf dem Umweg über Preußen verändern wollen, Einfluß auf die Finanzpolitik des Reiches zu gewinnen. Andere Kreise halten es für möglich, daß die Initiative zu dem Beschluß der preussischen Regierung von der Regierung Brining ausgegangen ist, die sich auf dem Umweg über die preussische Regierung die Gunst der Sozialdemokraten im Reichstag erwerben will.

Seit steht jedenfalls das in der Fraktionsbildung der Sozialdemokraten angeregt worden ist, die preussischen Deckungsvorschläge zur Grundlage eines sozialdemokratischen Initiativantrages zu machen. Die Sozialdemokraten wollen ihre Beratungen am Mittwoch zu Ende führen und ebenfalls Gegenvorschläge machen. Die sozialdemokratischen Beiratsmitglieder erheben gegen die Billigung der preussischen Vorschläge noch Widerspruch. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß die preussischen Vorschläge der Gesellschaft der Arbeiterlosenversicherung noch nicht ausreichend gewahrt ist. Sie werden auf ihren letzten Vorschlag zurückkommen, alle Leistungsfähigen heranzuziehen durch einen allgemeinen prozentualen Anschlag zur Einkommenssteuer, durch Erhöhung der Arbeitslosenversicherung und der Volkswirtschaft.

Die preussischen Gegenvorschläge sind ausfallslos. Alle maßgebenden Parteien halten sie eher noch für bedenklicher als die Reichsregierung Vorschläge. Preußen verlangt, daß jeder Angestellte beitragspflichtig wird, ohne Unterscheidungsberechtigt zu werden. Die Regierung der Beitragsbeiträge geht von dem Gedanken aus, daß der hochbezahlte Angestellte in der Regel ist, sich durch eigene Mittel aus dem Not im Falle der Arbeitslosigkeit zu helfen. Da es sich bei den hochbezahlten Angestellten durchweg um ältere Personen handelt, dauert die Arbeitslosigkeit oft Jahre. Alle Mittel werden verbraucht. Der Stellenloshalt schließlich der Volkswirtschaftsverbände durch die Gemeinden anheim. Durch die Ausbreitung der Arbeitslosenversicherung würde die Gemeinde also nicht die notwendige Entlastung erfahren.

Major Pabst über den Anichluß.

Der Mailänder „Sera“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem aus Österreich ausgewiesenen Major a. D. Pabst. Pabst erklärte, daß er mit fälschlichen Kreisen Italiens feste Verbindungen aufnehmen werde. Er wolle nur einige Tage in Venedig verbleiben und dann nach Deutschland zurückkehren. Den Anichluß Deutschlands zu Österreich erklärte Major Pabst für unvermeidlich. Die Vereinigung aller Deutschen zu einem Staat müßte im Laufe der Jahre und der politischen Ereignisse kommen.

Die verschwundenen acht Milliarden Franken.

Noch immer keine Ankündigung.

Die französische Regierung hatte für Dienstag eine Sitzung des Ministerrats anberaumt. Die Sitzung wurde plötzlich abgebrochen und auf Donnerstag ver-

zögert, sondern noch eine harte Verteilung. Sie wurde noch einen großen Teil des Geldes bezogen müssen, das die Arbeitslosenversicherung bei Annahme der preussischen Vorschläge erhalten würde.

Die Reichsanstalt des Reichstages wird zu den Deckungsvorlagen der Reichsregierung erst in der nächsten Woche Stellung nehmen, wenn die Beschlässe des Reichstages vorliegen.

Ablehnung der preussischen Vorschläge.

In den Abänderungsvorschlägen, die die preussische Regierung zu den Energiegesetzen im Reichstag stellt, teilt der demokratische Reichstagsdienst als Auffassung der demokratischen Reichstagsfraktion u. a. mit: Innerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion bestehen die Bedenken fort trotz gewisser Erleichterungen, die die preussischen Vorschläge bringen. Auch die Vorschläge der preussischen Staatsregierung stellen in ihrer neuen Form eine Aufhebung von Sonderlasten zur Deckung des Beitragsbeitrags auf einzelne Volksschichten dar, und gerade solche Sonderlasten hat die demokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich abgelehnt. Auch die preussischen Vorschläge entbehren der inneren Begründung. So kann z. B. nicht eingesehen werden, warum die Privatangestellten mit dem Arbeitnehmerbeitrag in Höhe von 2,25 Prozent an den Beitragsbeiträgen für die Arbeitslosenversicherung beteiligt werden sollen. An den Versicherungsleistungen sollen sie jedoch nicht teilnehmen.

Auch die volksparteiliche „D. N. Z.“ schreibt: Die preussischen Vorschläge seien bedenklicher als die ursprünglichen Reichsregierung Vorschläge. Es ist ein absurder Gedanke, daß Beamte und Angestellte für eine Versicherung zahlen sollen, und zwar auf unabschätzbare Zeit, ohne daß sie irgendwelche Auskünfte haben, an der Verfassung dieser Versicherung teilzunehmen. Diese neue, ebenfalls nur scheinbar geklärte Verteilung des alten Geldes einer Sonderbelastung der Beamten und Angestellten hat keine Aussicht, von den Parteien angenommen zu werden, die das bisherige Opfer abgesehen haben. Aufzudecken „...“ auch die parlamentarischen Schwierigkeiten durch diesen Kompromißversuch in seiner Weise verringert.

Zu dem Vorschlag der preussischen Regierung schreibt der Sozialdemokratische Reichstagsdienst u. a.: Solange die Absichten der preussischen Regierung nur in diesen groben Umrissen bekannt sind, wird man Zweifel daran haben müssen, ob der Gedanke steuerlicher Gerechtigkeit ausreichend durch sie gewahrt wird. Eine Sonderbelastung derjenigen Volksschichten, die sich in arbeitsloser Lebensstellung befinden, kann doch immer nur dann für vertretbar angesehen werden, wenn zuvor alle Leistungsfähigen ausreichend herangezogen worden sind.

Die Forderungen der Wirtschaftspartei.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Drems, hat namens der Reichstagsfraktion an Reichstagskanzler Brüning ein Schreiben gerichtet, worin zu den Deckungsmaßnahmen Stellung genommen wird. Eingangs wird auf die alte Forderung der Wirtschaftspartei nach einem allgemeinen prozentualen Abstrich am Gesamthaushalt hingewiesen, wodurch allein das Ziel einer wirklichen Ausgabenkürzung erreicht werden könne. Ein entsprechender Antrag auf eine prozentuale Senkung der Gesamtausgaben um 5 v. H. wird angekündigt. Von der Stellungnahme der Regierung und der Einstellung der hinter der Regierung stehenden Parteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Veränderungen der Beiträge zur Krankenversicherung die Gesamtlast nicht erhöht werde. Eine Belastung der Angestellten, wie sie das Reichsministerium für Arbeit und Sozialversicherung für außerordentlich bedenklich, da die Angestellten wirtschaftlich erheblich schlechter gestellt seien, als die durch Pensionen vor Alter und Erwerbsunfähigkeit gesicherten Beamten. Dagegen halte die Wirtschaftspartei eine Änderung der Beitragsordnung für notwendig. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung wird erklärt, daß der Augenblick gekommen sei, dieses Problem mit aller Beschleunigung der Lösung entgegenzuführen. Neue, die Wirtschaft schädigende Steuern würde die Wirtschaftspartei mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Ag. Weimterpräsident Tardien hat außer Briand und Reynaud die drei Minister der nationalen Verteidigung zu einer dreistündigen Besprechung empfangen. Die Besprechung hing mit den verschobenen Willkür ab, zusammen, die für Zwecke der nationalen Verteidigung ausgegeben worden sind, von denen die Sozialisten behaupten, sie seien für die Befestigung der italienisch-französischen Grenze verwendet worden. Im Finanz-ausschuß der Kammer hatte es der Finanzminister abgelehnt, Erklärungen abzugeben. Nun werden von den drei Ministern der nationalen Verteidigung im Unterhaus für Verweigerungserklärungen verlangt. Man nimmt an, daß auch die Minister eine Erklärung verweigern werden. Doch verläutet, daß Ministerpräsident Tardien sich bereit erklärt hat, dem Finanz-ausschuß selbst weitere Aufklärung zu geben, wenn die Ausschussmitglieder es für notwendig halten sollten.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. Juni 1930

Achtung vor Darlehenswindmühlern!

Durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse kommen viele Leute in die Lage, eine Hypothek oder ein Darlehen aufnehmen zu müssen. Diese Notlage wird oft von allerlei zweifelhaften Erbkäufern aus dem gewöhnlichen Ausgange, um eine ziemlich mühselige Entnahme zu erzielen. Durch Zeitungsannoncen wie auch durch ein weiteres Verhalten werden sie bei den Darlehenswindmühlern in den Glauben, als ob sie diesen das benötigte Geld selbst beschaffen könnten. Die Geldwindmühlen unterwerfen daher den ihnen vorzulegenden Verträgen in der Regel ohne sich von ihrem Inhalt zu überzeugen, zahlen die meist recht beträchtlichen Gebühren und warten auf das begehrte Darlehen. Statt dessen bekommen sie jedoch vielfach von einem anderen „Vermittler“ dem ihr Verlangen überhandt worden ist, erneut eine Aufforderung zur Zahlung weiterer Gebühren damit ihr Verlangen weiter „bearbeitet“ werden könne. So kommt es, daß die Geldwindmühlen, soweit sie aus geschäftsmässigen und unerschöpflichen und leichtgläubigen Personen bestehen, zweimal und noch mehrmals, je nach dem Grade ihrer Verwirrung, Gebühren zahlen, ein Darlehen aber nie bekommen. Denn tatsächlich besteht die Tätigkeit dieser „Vermittler“ nur darin, daß sie die Anträge der Darlehensnehmer entgegennehmen und ohne jede weitere Vermittlung an andere anachronische Vermittler weitergeben. Die Darlehenssuchenden können deshalb nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, sich vor Eingabe ihrer Anträge einer verbindlichen Vorprüfung zu vergewissern, worin die anachronische Leistung tatsächlich besteht und ob überhaupt Aussicht vorhanden ist auf diesem Wege zu dem gewünschten Gelde zu kommen. Entsprechende schriftliche Abmachungen, insbesondere über die Zulagen des Vermittlers, sind stets zu empfangen, da mündliche Aussagen erfahrungsgemäß später abgestritten werden.

Seitenarbeit. Beim Mähen auf seiner Wiese entdeckte Herr August Kraus in Spangenberg auf seiner Sense einen jungen Hasen, der nicht weniger als acht Beine hatte. Das Hässchen, lebte noch, ist aber durch den Senfenschnitt verendet. Herr Kraus brachte diese seltene Erscheinung zur hiesigen Oberbehörde, wo eine genaue Untersuchung stattfand. Während das Tier sonst normal war, hatte es zwei Hinterteile mit je zwei Nieren.

Peri Feil. Beim Fischfang in der Esse fing dieser Tage der Freizeiter Konrad Engeroth eine prächtige Forelle im Gewicht von 24 Pfund. Peri Feil!

Meisterprüfung. Herr Heinrich Ulrich von hier, Sohn des Bäckereimeisters H. Ulrich, legte vor der Prüfungskommission in Rassel die Meisterprüfung für das Bäckereigewerbe mit gutem Erfolg ab. Wir gratulieren dem jungen Meister.

Hauptprobe des Sangesfestspiels „Die Liebesquelle zu Spangenberg“. Am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr findet die Hauptprobe zur bevorstehenden Aufführung des Chorwerkes „Die Liebesquelle zu Spangenberg“ im Feinschen Saale statt. An der Probe wirken sämtliche Solisten und auch der Regisseur mit, so daß das Werk als ein Ganzes geboten wird. Hierzu haben die Schulfürer ein Eintrittsgeld von 20 Pfennig Zutritt. Auch Erwachsene, die vielleicht verbindest sind, an einer der Hauptveranstaltungen teilzunehmen, sind willkommen. Unmittelbar, die das Festspiel gern hören möchten, wird freier Eintritt gewährt.

Unser Heimatfest. Unsere Stadt hat für ihre Jugend einen großartigen Sportplatz geschaffen, der allen Anforderungen der sporttreibenden Verbände entspricht. Er liegt sich eng an das Liebenbachbad an, das im waldumkränzten Pfieffetal am Südostabhang des Bromsberges seinen Platz gefunden hat. Am Sonntag, den 29. Juni soll dieser Sportplatz den Schülern und den sporttreibenden Vereinen übergeben werden. Dieses hat die Veranlassung gegeben, den Tag zu einem schönen Heimatfest mit reichlichem Programm auszubauen. Bereits am Sonnabend, den 28. Juni, abends 1/2 9 Uhr findet im Feinschen Saale die Aufführung des Sangesfestspiels „Die Liebesquelle zu Spangenberg“, Dichtung von Albert von Geyborth, geb. Frein zu Gornberg, für Soli (Sopran, Tenor und Bass), gemischter Chor mit Pianofortbegleitung und verbindender Deklamation, Musik von Karl Göpfert, statt. Als Solisten wirken Frau Else Schabe-Cornelius, Rassel (Else), Herr Robert Eck, Rassel (Runo) und Herr Friedrich Schröder, Rassel (Bürgermeister) mit. Am Sonntag findet eine 2. Aufführung des Chorwerkes statt. Die Eintrittspreise betragen für Saalplatz 1.— M. und für Seitenplatz 0,75 M. Am Sonntag früh 8 1/2 Uhr hält der Turnverein „Froher Mut“ auf dem neuen Sportplatz einen Vereinsgalaeventualkampf ab. Um 9 Uhr ringen Turnvereine „Froher Mut“, Turnverein „Jahn“ und Fortis in einer Werbestaffel quer durch Spangenberg um den von der Stadt gestifteten Wanderpreis. Vormittags 10 Uhr hält Pfarrer Börsdorf in der Stadtkirche unter Mitwirkung des Sangesvereins „Liebeler“ und des Posaunenchoirs des Christlichen Jungmännervereins einen Festgottesdienst ab. Um 12 1/2 Uhr ist Konzert auf dem Marktplatz (Kapelle Hohl) und um 1/4 4 Uhr Festzug zum Sportplatz. Nach der feierlichen Einweihung des Sportplatzes werden sportliche Vorführungen mannigfaltiger Art durch die Schulen und Sportvereine gezeigt. Kinder- und Volksschuljugend werden nicht fehlen. Bei Eintritt der Dunkelheit Lampenanzug zum Liebenbachbad auf dem Marktplatz. Abends Tanz in 3 Sälen. Die Bürgerchaft wird einmütig den Heimatfest feiern.

Rassel. Der Verbandstag des Verbandes der Fachvereine eines von Bäckereimeistern Deutschlands und Vörsers fand vom 15. bis 17. Juni hier statt. In der Hauptversammlung gab der Verbandsvorsitzende Scheuer-Berlin einen Überblick über die Entwicklung des Verbandes. Es wurden verschiedene Resolutionen gebildet, so sprach Michel-Sannover über „Die Möglichkeiten zur Erleichterung des Bäckereigewerbes und zum Aufleben seiner Jugend“, während Seimann-Berlin über das Thema „Was hat die Jugend in diesem Rahmen für Pflichten“ referierte. Abends fanden sich die

Teilnehmer zur Feier des 80. Stiftungsfestes des Kaiserlichen Fachvereins in der Stadthalle zusammen.

Der hier stattfindende 10. Hessische Genußtag des Gewerkschaftsbundes der Metzger wurde mit einem Festkaffeeabend im Ständehaus eröffnet. Am Sonntag Morgen sprach Krümlen Maria Hellersberg-Berlin in einer öffentlichen Kundgebung im Ständehaus über das Thema „Arbeitsmarktpolitik und Angelegenheiten“. Am Montag an diesen Vorträgen wurde eine Entschließung gefaßt, in der der W. D. M. die Ansicht der Regierung bekräftigt, zur Einschränkung der katastrophalen Arbeitslosigkeit in Deutschland ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen.

Beim Rhythmusportlegen zur Verfassung von Ratten verfuhr ein Väterlebrin in der Schöfergasse so unvorsichtig, daß in dem Keller ein Brand entstand, den die Feuerwehr aber bald löschen konnte. Der Verfuhrer erlitt schwere Verbrennungen an den Händen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Ein einseitiger Unfallsturz ereignete sich am Bahnhofsplatz. Dort hatte sich ein Mechaniker von hier eine Flasche Seltenerwasser gekauft. Unvorsichtig platze diese, und die umfließenden Glasplitter verletzten den Mechaniker so schwer an den Augen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete hier zwei im Alter von 26 und 27 Jahren lebende männliche Personen, die in der letzten Zeit hier etwa 20 Einbrüche in Geschäfte, Häuser, Gastwirtschaften usw. verübt hatten. Das Diebesgut, das zum Teil bei einem Geschäft untergebracht war, konnte wieder herbeigeführt werden.

Artsien. Hier fand die diesjährige 45. Hauptversammlung des Hessisch-Nassauischen Gewerkschaftsbundes statt. An einer Sitzung des Hauptauschusses am Sonntagabend nachmittags schloß sich der Geschäftsabend in der Turnhalle an. Der erste Vorsitzende des Gesamtvereins, Bürgermeister Schmeper-Kassel, hielt die Begrüßungsansprache. Am Mittelpunkt des Abends stand ein Lichtbildvortrag von Direktor Schulz, dem Vetter des belanigenen Gartens in Kassel. Sonntag vormittags fand die Mitgliederversammlung statt. Bürgermeister Schmeper sprach über die Erneuerung des Vorsitzenden der Ortsgruppe Rotenburg, Dr. Gerdt, zum Ehrenmitglied beauftragt. Der Sonntag nachmittags vereinte Mitglieder und Gäste zu einem Ausflug in die schöne Umgebung.

Marburg. In dem auf besetzten hiesigen Schloßparktheater fand die zweite diesjährige Marburger Festspielaufführung „Der Kaufmann von Venedig“ unter der künstlerischen Leitung von Universitätsdirektor Dr. Fritz Budde statt. Dieses Schloßparktheater befindet sich im Freilichttheater einer vorstehende Wiederaufbau, wobei besonders Dr. Ludwig Willner in der Rolle des Endo eine Glanzleistung bot. Auch die übrigen Darsteller, besonders die Konzerte der Tanzgruppe Hilde Brunow vom Kaiserlichen Stadttheater, boten treffliches.

An dem besetzten Überweg bei Gießelsberg an der Strecke Kassel-Marburg-Gießen in der Nähe von Niederweimar wurde ein hiesiger Kraftwagen, der mit zwei Personen besetzt war, bei nicht geschlossener Wagenschranke von einem durchfahrenden Personenzug erfasst und etwa 200 Meter weit mitgeschleift. Der Kaufmann Brandts von hier, der den Wagen fuhr, kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon, während seine Begleiterin, ein Fräulein Bonn von hier einen linken Armbruch und anscheinend schwere Schulterverletzungen erlitt. Das Auto wurde vollständig zerstört.

Beim Handballspiel zog sich ein junger Mann im Eifer des Spiels erhebliche innere Verletzungen zu. Er mußte sich sofort einer Operation unterziehen.

Gelnhausen. Einem schweren Gewitter, das den Osten des Kreises heimlich, sind zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. Der 65jährige Schuhmacher Räder, seine 20jährige Tochter Elma Stiefel und deren Mann wollten eine Fuhre Heu nach Pfaffenhausen im Hohlgrund fahren, als sie von einem Gewitter überfallen wurden. Um sich mit dem Gewitter vor dem Regen zu schützen, suchten sie eine in der Nähe stehende Feldscheune auf. Kaum hatten sie die Tür des Gebäudes von innen geschlossen, als der Blitz einschlug. Räder auf der Stelle todt und seine Tochter so schwer verletzt, daß sie nach einigen Minuten starb. Stiefel, der wie durch ein Wunder unverletzt blieb, brachte die beiden Verunglückten in Sicherheit. Er stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, die aber keinen Erfolg hatten. Die beiden Körper erlitten schwere Brandwunden. Die Scheune brannte vollständig nieder.

Gießen. Beim Baden in der Bahn verlor abends ein Arbeiter einen Fuß, als er sich in der Nähe der Schiene befand. Ein Arbeiter aus Gießen, Kreis Alsfeld, der hier in Vreden stand. Der Unfallsturz geschah völlig unmerklich, indem man erst nach einiger Zeit auf das Fehlen des Fußes aufmerksam wurde. Trotz eifriger Suchens ist die Leiche des Verunglückten bisher noch nicht gefunden worden.

Gießen. Am alten Pfarrhaus in Dornheim wurde der gestrichelte Minutentakt festgelegt. Mittels Veranlassung soll der Schöpfung bekämpft werden. Im vergangenen Jahre mußte die Pfarrei wegen des Minutentaktes bereits abbrechen und verbannt werden.

Frankfurt a. M. Der in Adelsburg anläufige Kaufmann Kändler benach sich frühmorgens von seiner Jagdstätte im Eversal auf die Wälder nach einem kapitalen Hehbock. Auf der Straße ließ der anfangs der Kändler stehende K. seine Kugel zurück. Diese hörte nach einer Weile einen Schuss trafen. Als K. nach mehreren Stunden nicht zurückkehrte, machte sie sich auf die Suche nach ihrem Mann und fand ihn schließlich an einem Baum hängend tot vor. Vor dem Körper lag der geliebte Revolver. Augenblicklich hat sich K. in der Kreuze über sein Weibmännchen betrat erret, daß er einer Derschlach erlan.

Nassau a. d. R. In der hiesigen Apotheke wurden ein Glas Opiumtinktur und ein Pulverglas Veronal gefunden. Leider wurde der Diebstahl erst am anderen Morgen entdeckt, doch gelang es den Benutzungen der Oberländer und der Polizei bald, den Täter ausfindig zu machen und zu verhaften. In einer Kiste wurde das Veronal versteckt, fand man die Kiste wieder. Bevor sie der Dieb verwenden wollte, konnte noch nicht ermittelt werden.

Inerhöcker Vorfälle in einer Frauenanstalt.

Ein geisteskrankes Mädchen tödlich verbrüht. Aus Tenthin in der Mark, wo sich ein Heim der Landesirrenanstalt befindet, wird ein Vorkommnis gemeldet, das in seiner Grausamkeit kaum seinesgleichen hat. Ein 19jähriges, geistlich schwaches Mädchen, die Tochter einer Berliner Portiersfrau, die seit ihrem siebenten Lebensjahr sich in ärztlicher Pflege befindet, ist in der Nacht zum 1. Juni aus dem Bett von einer Pflegerin in das Badezimmer getragen, in die Wanne gelegt und dann von der Schwester verlassen worden, die fochend heißes Wasser hatte einfließen lassen. Das Mädchen trug furchtbare Verbrühungen.

davon und starb schon am nächsten Tage an den Folgen seiner Verletzungen. Sowohl es sich bläher feststellen ließ, hatte das Mädchen in der verhängnisvollen Nacht das Bett beschmutzt, war von der Pflegerin furchtbar aus dem Bett gehoben und in die Wanne hineingelegt worden. Die Staatsanwaltschaft hat bereits ein Ermittlungsverfahren eröffnet.

Die Blutlat in Kaiserroda.

Der Mörder stellt sich der Polizei.

Der auf dem Kaiserwerk Kaiserroda der Gewerkschaft Kaiserroda bedienstete gewesene Volkspolizist Hlad, der unter dem Verdacht steht, an Untersuchungen beteiligt zu sein, und dann im Verlauf seiner Vernehmung einen Gendarmen-Überwachungsmeister durch Revolverschüsse tötete sowie den Werkdirektor und einen Virovorfischer verletzete, hat sich jetzt, wie der „L. M.“ aus Genua meldet, der Polizei gestellt. Als Grund der Blutlat gibt er an, die Nerven verloren zu haben. Er habe niemals etwas mit Untersuchungen zu tun gehabt und sei durch den ungeschicklichen Verdacht in Aufregung gebracht und zu der Tat getrieben worden.

Explosion in einem Warenhaus.

Bombenanschlag?

In Borthamborn, am Eingang des Neuyorker Hafens, ereignete sich in dem Warenhaus Davis u. Söhne am 17. Juni abends eine furchtbare Explosion, durch die das Warenhaus, das einen ganzen Block umfaßt, in Brand gesetzt wurde. Bisher sind zwei Leichen und mehr als 60 Verwundete aus den brennenden Trümmern geborgen worden. Drei Personen werden noch vermisst. Das ganze Gebäude ist zerstört. Der Sachschaden wird auf mehr als eine Million Dollar geschätzt. Die Explosion war so heftig, daß die Fensterhölzer im Umkreis von etwa 800 Metern an allen Häusern zerstört wurden. Glücklicherweise waren in den letzten Abendstunden nur wenige Käufer und Verkäufer anwesend. Die Polizei ist überzeugt, daß es sich um einen Bombenanschlag handelt.

Der D.T. zum 17. Juni.

Der 17. Juni ist in der Geschichte der Leibesübungen ein bemerkenswerter Tag. Konnte doch der älteste und größte deutsche Verband für Leibesübungen, die „Deutsche Turnerschaft“, an ihm ihren 70. Geburtstag begehen. Die Entwicklung des deutschen Turnens seit dem Gründungstage in Coburg bis zur heutigen Zeit ist ein Ausbruch stetigen Fortschritts. Sie ist nicht sprunghaft gewesen, sondern hat sich allmählich auf gesunder Grundlage durchzusetzen vermocht. Wenn heute mehr als 1,6 Millionen Mitglieder aller Altersstufen den vielseitigen Übungsformen des deutschen Turnens huldigen, so beweisen diese Zahlen besser als alles andere, wie stark allezeit der Gestaltungswille in der D.T. gewesen ist, wie sie ihre Übungsformen zu erweitern und vielseitig zu machen versuchte, wie sie abhold aller einseitigen Leibesübungen etwas zu bieten vermochte. So kann sich der Höchstkommer, der Wettkämpfer in ihr ebenso betätigen, wie der Gesundheitsturner, der nur aus Freude an der körperlichen Übung zum Turnen kommt. Hier findet der Geräteturner ebenso seinen Platz wie der Läufer, Springer und Werfer, der Frechter, der Ringer, der Schwimmer, der Wassersportler, der Wanderer, der Spieler und der Wintersportler. Turnen war Jahn ein vielseitiger Begriff geworden, und damit gab und gibt es Hunderttausenden und Aberhunderttausenden die Möglichkeit, sich nach ihrem Geschmack und ihrem Können entsprechend zu tummeln. Aber auch die Idee der D.T. hat sie als Verband so groß gemacht. Da ist der Geist der Volksgemeinschaft, der in ihr schwingt und der sie zu großen Taten befähigt. Einer für alle, alle für einen! war stets ihr Grundtag. Nur der Mensch wurde geachtet die Persönlichkeit, über allem schwebte die Verbundenheit mit dem deutschen Volke und dem deutschen Vaterland. Turnerschaftsarbeit ist pure Volkstumsarbeit, ist Dienst am deutschen Vaterland. Wenn es der D.T. außerdem gelungen ist, sich frei von jeder Parteipolitik zu halten, wenn sie Jahrzehnte hindurch unbeirrt am Ziel deutscher Volkseinheit festhielt, so bietet sie wenigstens in unsern Tagen einige der wenigen Möglichkeiten, wo der Volksgenosse unbeschadet seiner politischen Einstellung dem anderen Volksgenossen näherkommen kann.

Mit hohem Stolz und großer Freude wird man auch feststellen können, daß die Arbeit der D.T., die im Laufe der Jahrzehnte Millionen und Abermillionen zugute gekommen ist, auch eine wichtige volksgesundheitliche Aufgabe erfüllt hat, die gleichzeitig das Reich und die Länder und Städte von wichtigen Aufgaben entlastet. Eine Unsumme von Arbeit zur Erhaltung der Rasse ist von der D.T. geleistet worden. Gewaltige Steuerersparnisse sind dadurch gemacht worden, und sie werden noch weiterhin erspart. Millionen mehr müßten jährlich für Krankenhäuser und Kuranstalten und Heilanstalten ausgegeben werden, wenn nicht die D.T. aus sich heraus ihre die Volksgesundheit fördernde Aufgabe erfüllte. Daß auch der Geist des Idealismus in der D.T. lebendig ist, beweist die Tatsache, daß sie heute noch — von verschwindenden durch die örtlichen Verhältnisse erzwungenen Ausnahmen abgesehen — in ihren fast 13000 Turnvereinen lediglich ehrenamtliche Arbeit kennt. Wieviel Liebe, wieviel Treue, wieviel Opferfreude spricht aus dieser Tatsache! Ein kleines Pfänzlein war das deutsche Turnen vor 70 Jahren, die Tatkraft seiner Führer, die Begeisterung der Mitglieder hat aus dem kleinen Bund einen großen geschaffen, aus dem kleinen hoffnungsvollen Keimling wurde ein gewaltiger Eichenbaum, der unerschütterlich und in ewiger Jugend seine Zweige ins Land streckt. Mögen unter seinem Schattendeutsche Volkstugend und Volksgesundheit, deutsches Volkstum und deutscher Idealismus auch fernerhin gedeihen!

Verwechseln Sie nicht mager mit schlank!

Magerkeit macht edig, ungesund! Edige Schilf, scharfes Kinn, spitze Kinnbogen sind in der Regel Anzeichen eines zu geringen Körpergewichts. Dieses wiederum deutet auf mangelhafte Verdauung und andere Störungen, denen größte Beachtung zukommt. Sorgen Sie rechtzeitig für Abhilfe, trinken Sie von jetzt ab täglich „Röstiger Schwarzbier“.

